

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung, 6. Landesparteitag,
20.10.2018, Grimmen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

ich begrüße euch sehr herzlich zur 2. Tagung des 6. Landesparteitages unserer LINKEN hier in Grimmen. Wir treffen uns heute im Treffpunkt Europas in der ehemaligen Kreisstadt des Landkreises Nordvorpommern, nunmehr einem Opfer der absehbaren Zentralisierung der Kreisgebietsreform.

Wir haben diesen Tagungsort bewusst ausgewählt. Denn Mecklenburg-Vorpommern ist eben zum größten Teil ganz anders als Rostock und Schwerin, anders als die größeren Städte des Landes. Auch für diese Regionen des Landes machen wir uns stark. DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern macht sich stark für lebenswerte Kommunen in einem starken Europa. Genau deshalb gehen wir auch gern in die Fläche des Landes und sind vor Ort präsent. Wir wollen unsere eigenen politischen Ansprüche auch bei einem Landesparteitag leben.

Und damit sind wir bei dem zweiten Grund, warum wir hier sind im Treffpunkt Europas, auch wenn es vielleicht nicht ganz so aussieht, als würde Europa sich nun ausgerechnet hier treffen. Was hat die kleinste Gemeinde in diesem Landkreis, die Gemeinde Hugoldsdorf mit gerade einmal 124 Einwohnerinnen und Einwohnern mit der Universitäts- und Hansestadt Rostock gemeinsam? Genau, auch sie ist Teil Europas und damit direkt betroffen von den Entscheidungen aus Brüssel.

Außerdem kann auch sie ein Opfer des politischen Rechtsrucks werden, den wir gerade in so vielen Ländern schmerzlich erleben müssen. Denn die rechten Parteien, die sich als Interessenvertretung des so genannten kleinen Mannes und der kapitalistisch abgehängten Regionen gerieren, tun für diese genau nichts.

Oder könnt ihr euch, liebe Genossinnen und Genossen, an irgendeine sinnvolle politische Initiative der direkt gewählten AfD-Abgeordneten erinnern? Das ist doch Arbeitsverweigerung zulasten derer, die sie vorgeben, zu vertreten.

Die Frage ist dementsprechend, was unser konkretes Angebot an linker Politik für die Menschen ist, wie wir europäische Politik gestalten und wie wir das Ziel eines sozialen und solidarischen Europas erreichen können. Wie das künftige Europa aussieht, wird sich an dem gleichen Tag entscheiden wie die Frage, wie unsere Kommunen in unserem Land in Zukunft aussehen werden.

Das heißt, wir werden bis Ende Mai den Menschen erklären, wie linke Politik ihre Lebensverhältnisse konkret vor Ort verändern kann, und gleichzeitig erläutern, wie ein solidarisches und gerechtes Europa aussieht, und was dieses Europa mit ihnen zu tun hat.

Denn nicht nur unser eigenes Europawahlergebnis ist deutlich ausbaufähig, sondern auch die Wahlbeteiligung.

Ich beginne mit dem Blick zurück. Schon in diesem Jahr haben uns Kommunalwahlen begleitet, hatten wir Bürgermeisterkandidaten sowie eine Kandidatin und zwei Kandidaten für die Landratswahlen. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal für engagierte Wahlkämpfe und respektable bis ausgezeichnete Ergebnisse bedanken. Danke dafür, dass ihr eure Persönlichkeit und eure Kompetenz für uns in den Ring geworfen habt.

Herzlichen Dank an Jacqueline Bernhardt, Volker Bieschke und Steffen Bartsch-Brüdgam. Danke auch an die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes PUR für den engagierten Wahlkampf zur Unterstützung von Dirk Scheer als überparteilichem Kandidaten. Herzlichen Dank an Horst Krumpen, Andrea Conteduca und herzlichen Glückwunsch an Andreas Sturm, der in Friedrichsrufe zum Bürgermeister und vor kurzem zum Beigeordneten im Landkreis Ludwigslust-Parchim gewählt worden ist.

Es berührt uns jedoch sehr, dass wir keinen Landrat oder keine Landrätin mehr stellen, das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen, und möchte auch die Gelegenheit nutzen, Bärbel Syrbe für ihre intensive und engagierte Arbeit zu danken. Bärbel macht alles richtig und befindet sich derzeit im Urlaub, nichts desto trotz würde ich gern auch in ihrer Abwesenheit ein paar Worte sagen.

Bärbel war die erste PDS-Landrätin deutschlandweit und sie blieb es von 2001 zunächst im Landkreis Ostvorpommern, bis Oktober 2018 dann schon im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Bärbel hat den gesamten vorpommerschen Raum über viele Jahre mitgestaltet und geprägt. Sie hat auch die Möglichkeiten beispielsweise des Landkreistages genutzt, um landespolitisch Einfluss zu nehmen.

Sie musste als erste beweisen, dass demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, dass LINKE auch Verwaltung können und hat damit ganz sicher auch anderen einen Weg geebnet. Liebe Bärbel, du hast gezeigt, dass wir nicht einfach nur verwalten, sondern auch aktiv gestalten. Vielen Dank und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in der Region und im Landesverband.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben eine absolut richtungsweisende Kommunalwahl vor Brust. Eine Kommunalwahl, in der der gesellschaftliche Wandel eine ganz wesentliche Rolle spielen wird. Auch wenn Kommunalwahlen Personenwahlen sind, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass das politisch raue Klima auch vor diesen Stimmzetteln keinen Halt machen wird. Eines jedoch steht fest, liebe Genossinnen und Genossen: wir werden nicht weichen. Weder den alten und neuen Nazis, noch dem Zeitgeist. Linke Kommunalpolitik ist und bleibt Politik der sozialen Gerechtigkeit, Politik der Transparenz und des Mitbestimmens, Politik für die Menschen und zwar für alle Menschen, egal welcher Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung.

Wir machen lebensnahe Politik für und mit den Menschen. Und wir wollen dies möglichst gestärkt tun. Auch darum werben wir bereits seit einiger Zeit mit Flugzettel und über die sozialen Medien um Kandidatinnen und Kandidaten. Wir haben aber auch schon im März vor Kreistagen und Stadtvertretungen für Kandidatinnen geworben, indem wir darauf hingewiesen haben, wie wenige Frauen momentan in den Vertretungen sind.

Wir wollen die Möglichkeit geben, Politik zu gestalten und das macht nirgendwo mehr Spaß als in der Kommune. Denn konkreter und anschaulicher kann Politik nicht sein. Wenn ich das Beispiel von Dirk Bruhn nehme, unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bürgermeister in Siedenbrünzow. Dort muss die Gemeindevertretung sich entscheiden, ob sie sich weiter die kommunale Kita leisten möchte oder ob sie das Geld in größere Dorffeste oder neue Blumenbeete stecken möchte. Ja, was macht denn mehr Spaß als total lebensnah abzuwägen und ausdiskutieren?

Und ja, natürlich ist es auch anstrengend, wenn in Kreistagen Anträge von uns abgelehnt werden, weil sie von uns kommen. In unserem Kreistag wurde auf der vorletzten Sitzung der Antrag, einen Doppelhaushalt zu erstellen, abgelehnt, um dann auf der letzten Kreistagsitzung einen Doppelhaushalt vorzulegen.

Man muss einen komischen Humor haben, um solches Gebaren dauerhaft lustig zu finden, aber auch das gehört dazu. Dennoch haben wir natürlich auch viele konkrete Erfolge erzielt. Gerade in der Kommunalpolitik stimmt das, was Max Weber einst über Politik sagte: Es ist das Bohren dicker Bretter, und zwar mit Augenmaß und Leidenschaft.

Kommunalpolitik, so möchte ich aber hinzufügen, besteht nicht selten auch darin, Menschen das Brett vor dem Kopf wegzunehmen. Zu diesen Brettern gehört eine Sparpolitik zulasten der Kommunen, gehört Diskriminierung sowohl von Menschen als auch Regionen, gehört aber bei manchen Abgeordneten anderer Parteien auch offen gesagt ein Mangel an Erziehung und Charakter.

Und dennoch, liebe Genossinnen und Genossen: Wir brauchen mehr Menschen, die sich diesen Herausforderungen stellen wollen und die bereit sind, auf unseren Listen zu kandidieren.

Wir versprechen im Gegenzug einen kreativen und engagierten Wahlkampf, zumeist menschliche Wärme, die Anerkennung und Dankbarkeit des Landesvorstandes, eine fachlich fundierte und sachliche Kommunalpolitik.

Kernelement unseres Wahlkampfes werden unsere kommunalpolitischen Leitlinien sein.

Diese befinden sich seit Ende Januar im Entstehungsprozess und ich freue mich sehr, dass sie in derartiger Transparenz und mit dem Anspruch, alle mitzunehmen, entstanden sind. Wir wollten keinen Entwurf, der aus einer Schublade kommt und so haben wir uns entschieden, neue Wege zu gehen. Diese Leitlinien wurden nicht nur im Landesvorstand entwickelt und beraten, sondern auch in vielen Kreisvorständen, Regionalgruppen und Kreistagsfraktionen sowie in vier Regionalkonferenzen.

In Wismar mit dem Schwerpunkt ÖPNV, in Malchow mit dem Schwerpunkt Pflege und Digitalisierung, in Rostock mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik und in Anklam mit dem Schwerpunkt ländliche Räume. Ganz bewusst haben wir uns mit der Ausnahme von Rostock auch für die kleineren Städte im Land entschieden, ganz bewusst ist Grimmen nun das Finale.

Unsere kommunalpolitischen Leitlinien, liebe Genossinnen und Genossen, verfolgen mehrere Ansprüche. Natürlich brauchen wir ein landesweites Programm, auf das jede und jeder zurückgreifen kann, um zu schauen, wofür stehen die eigentlich.

Aber wir wissen natürlich auch, dass unsere Kreise eigene Wahlprogramme erstellen und hierfür wollten wir einen Bausatz liefern. Aus diesen Leitlinien kann sich jeder Kreisverband die Themen herausnehmen, die in der Region passen und wichtig sind.

In jedem Kapitel findet ihr eine Situationsbeschreibung und ihr findet eine Aufzählung zu unseren Zielen. Dies kann jeder Kreisverband für sich noch einmal ganz konkret durch regionale Ziele ergänzen, denn selbst, wenn die Themen die gleichen sind, so gibt es eben doch immer wieder ganz unterschiedliche Möglichkeiten und Lösungen vor Ort. Die Vielfalt der politischen Anforderungen, mit denen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern konfrontiert sind, beantworten wir mit einer Vielzahl von Ideen, die auf eure konkrete Situation vor Ort zugeschnitten werden kann.

Unsere kommunalpolitischen Leitlinien machen insgesamt eines sehr deutlich. LINKE Kommunalpolitik ist in erster Linie soziale Politik, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich würde das gern an drei Beispielen erläutern:

1. Mittlerweile eines meiner Lieblingsthemen, weil damit so unfassbar viel verbunden ist: Mobilität!

Dieses Thema ist insbesondere deswegen auf kommunaler Ebene von so großer Bedeutung, weil man hier so gut sparen kann. In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern macht diese Zuständigkeit wirklich selten Spaß und da kann dann auch der gemeine Vorpommer oder die Mecklenburgerin nur schmunzeln, wenn die Große Koalition im Bund plötzlich über kostenlosen ÖPNV spricht, um die Luftqualität zu verbessern.

Wir brauchen einen gut ausgebauten und im Idealfall kostenlosen ÖPNV, damit unsere Kinder Kultur- und Sportangebote in der Freizeit nutzen können, ohne von ihren Eltern gefahren werden zu müssen, wir brauchen ihn, damit Menschen zur Arbeit fahren können und übrigens betrifft dies noch immer mehr Frauen als Männer, da sie seltener einen Führerschein besitzen und in Haushalten mit einem Pkw meist der Mann diesen nutzt. Wir brauchen ihn aber auch, damit die Älteren unserer Gesellschaft Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten aufsuchen können.

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern, kurz ÖPNVG M-V, ich zitiere dies besonders gern, besagt in § 2 Absatz 2:

„Der ÖPNV soll eine bedarfsgerechte Versorgung in allen Teilen des Landes,[auch in den dünn besiedelten Räumen, gewährleisten und unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit bei Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Sinne der bestmöglichen Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern] als vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr ausgebaut werden.“ – Na bitte: Viel mehr verlangen wir doch gar nicht!

Was aber geschieht im ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern? Verbindungen werden gestrichen, Taktungen werden ausgedünnt, wenn denn überhaupt Taktungen vorhanden sind. Die meisten Dörfer im ländlichen Raum, und wir wissen, dass in M-V fast alles ländlicher Raum ist, werden nur sehr selten angefahren. Meist nur verbunden mit der Schülerbeförderung. Das hat zur Folge, dass in den Ferien und am Wochenende gar keine Busse mehr fahren.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur politisch fahrlässig, nein es ist auch ungesetzlich, und es widerspricht auch dem verbrieften Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Diesen hat diese Landesregierung aufgegeben da hilft auch kein eigener Staatssekretär für Vorpommern.

Wir hingegen, liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen dafür. Denn wir wissen: Wo es weiße Flecken des Staates und der Zivilgesellschaft gibt, dort wird es bevorzugt braun.

2. Digitalisierung. Wenn ich nun also neulich in der SVZ las „**die** Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern sind für die digitale Zukunft schlecht **gerüstet.**“ und „**Im** Deutschlandvergleich liegen die sechs Landkreise aus M-V auf den letzten 30 Rängen der 401 **Landkreise**“ dann bin ich geschockt, nicht, weil ich nicht wüsste, dass wir mehr Funklöcher als Möwen am Strand haben, sondern weil es an dieser Stelle kaum einen Aufschrei gibt.

Noch immer denken viele, Breitband hieße, dass vor allem junge Menschen davon profitieren. So einfach ist es aber nicht. Gerade neulich veröffentlichte der NDR die Information aus dem Sozialausschuss, dass Schülerinnen und Schüler in M-V schlecht auf den Umgang mit Medien in der digitalen Welt vorbereitet sind.

Wie sollen sie es auch lernen, wenn Medienbildung zwar Bestandteil der Lehrerbildung, aber inhaltlich kaum untersetzt ist und vielleicht auch deshalb etwa die Hälfte der Lehrkräfte digitale Lernformen wenig im Unterricht verwenden? Die SPD verweist auf die Verantwortung der Elternhäuser.

Das ich nicht lache. Fehlender Zugang zu Internet, geringe finanzielle Möglichkeiten und fehlende Kompetenzen eben besonders seitens der Eltern, treffen vor allem Kinder und Jugendliche aus armen Familien. Wer die Familien sich selbst überlässt, verschärft willentlich und wissentlich die zunehmende digitale Spaltung in diesem Land. Wir wollen, dass ALLE von der Digitalisierung profitieren können!

Aber es geht doch um viel mehr. Einen Urlaub online buchen zu können. Sich in Vorlesungen einzuschreiben, mit den Lieben im Urlaub Bilder austauschen oder per Videotelefonie Kontakt halten zu können. Wir reden aber auch von Telemedizin, die wiederum an Bedeutung gewinnt bei immer weniger Praxen.

Die Digitalisierung ist eine große Chance für ländliche Räume, denn sie ermöglicht die Arbeit als Architekt, Designer oder Bauplaner von überall zu machen. Wer würde nicht gern mit der kleinen Familie aufs Land ziehen, wenn man auch dort arbeiten kann?

Allein, noch immer fehlt einiges. In mein Nachbardorf ist vor kurzem eine junge Familie gezogen.

Er ist Webdesigner, sie sind aus Berlin gekommen, weil es bei uns so schön ruhig ist. Nun fährt er zum Arbeiten regelmäßig zu Mc Donalds an der A20, weil dort die Internetverbindung schlicht besser ist als zu Hause und irgendwie müssen seine Entwürfe die Kundinnen und Kunden ja erreichen.

Digitalisierung soll uns aber auch ermöglichen, unnötige Behördengänge zu sparen. E-Government ist eigentlich längst in aller Munde. Eine wunderbare Form, um auch älteren oder mobileingeschränkten Personen entgegen zu kommen ist der Bürgerkoffer. Damit kann eine Verwaltungsmitarbeiterin oder ein Verwaltungsmitarbeiter direkt nach Hause kommen und z.B. einen Personalausweis inkl. Fingerabdrücke, Foto etc. beantragen. Elementare Voraussetzung ist jedoch ein verfügbares Datennetz oder WLAN. Dieser Bürgerkoffer existiert in noch nicht vielen Gemeinden, aber unser linker Bürgermeister von Sassnitz, Frank Kracht, hat für die Bürgernähe seiner Kommune einen angeschafft und das finde ich großartig.

Die stillen Potentiale, die bereits heute in der Digitalisierung schlummern, sie müssen endlich aktiv gehoben werden. Und natürlich sehen wir, dass sich da was bewegt, man möchte fast sagen ENDLICH. Aber mit dem Verlegen von Kabeln ist es nicht getan. Medienbildung, Datenschutz und so weiter und so fort... All das muss endlich fester Bestandteil auch von Kommunalpolitik werden.

Und ich denke es ist bereits deutlich geworden, wie eng all dies zusammen gedacht werden kann. Wenn man hier arbeiten kann, weil das Internet genauso gut ist wie in der Stadt, wenn der Kindergarten, der Supermarkt und der Arzt vor Ort sind oder aber gut auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können, dann ist M-V wirklich sexy.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch auch eins: Wir sind die Partei der sozialen Verantwortung, und wir wollen deshalb auch, dass diejenigen, die lieber von Mensch zu Mensch sprechen statt eine mail zu schreiben, die lieber fassbares Papier haben, dass auch diese Menschen Ansprechpartner finden. Denn genau das ist Ausdruck organisierter Solidarität, für die wir als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten eintreten.

3. Zuhause

Wohnen orientiert sich in Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen an vollkommen unterschiedlichen Bedingungen. Während die Universitätsstädte sozusagen aus allen Nähten platzen und zu Semesterbeginn Studierende in Turnhallen untergebracht werden, der NDR titelte am 11.10. „Hunderte Studenten noch ohne **Wohnung**“. Mehr als 1400 Anfragen nach Wohnheimplätzen für das aktuelle Wintersemester mussten abgelehnt werden. Hingegen schreibt am 15.10. also diesem Montag die Ostsee-Zeitung: „**Hoher** Leerstand treibt Wohnkosten in die **Höhe**“.

Unser Land ist also auch auf dem Wohnungsmarkt zerrissen. Wohnen im ländlichen Raum ist noch immer nicht wirklich attraktiv, auch wegen der schlechten Anbindung an Bus und Bahn und natürlich auch wegen der schlechten Breitbandversorgung, aber eben auch für Ältere, welche in den Wohnungen nicht mehr alleine klarkommen, weil von Barrierefreiheit im öffentlichen Wohnraum noch immer nicht die Rede sein kann.

Was wir brauchen sind starke kommunale Wohnungsgesellschaften oder – genossenschaften. Dafür streiten wir als LINKE momentan hier vor Ort in Grimmen, wo unsere Genossinnen und Genossen innerhalb kürzester Zeit über eintausend Unterschriften gegen den geplanten Verkauf kommunaler Wohnungen sammeln konnten und damit einen Bürgerentscheid durchsetzten. Herzlichen Dank, liebe Grimmerinnen und Grimmerner für euer Engagement. DAS, liebe Genossinnen und Genossen, ist LINKE Kommunalpolitik!

Wir wollen aber nicht nur den Wohnraum erhalten, sondern auch das Drumherum lebenswert gestalten. Landärztinnen und Landärzte halten, Schulstandorte sichern und Kitas vorhalten. Wir brauchen den kleinen Laden genauso wie die kleine Kneipe und den Sportverein. M-V ist ein wunderbares Land und ich glaube daran, dass es sich lohnt für dieses lebenswerte Land zu streiten! Genau das ist die Kernbotschaft unserer Kommunalpolitischen Leitlinien.

Lasst mich abschließend noch etwas zur politischen Kultur in unserem Land sagen. Ja, wir werden es mit einer blau-braunen Partei zu tun bekommen, die schlicht und ergreifend ekelig ist. Eine Partei, die Angst schürt und im Kleingedruckten homophob, antifeministisch, fremdenfeindlich und Europazerstörerisch agiert.

Wir haben uns als LINKE immer dieser Partei entgegengestellt und wir werden es weiter und mit aller Kraft tun. Für mich gibt es da überhaupt kein Fragezeichen. DIE LINKE wird sich nie mit dieser Partei und dem von ihr propagierten Weltbild abfinden.

Wir stehen auf gegen rechte Hetze und für eine solidarische Gesellschaft, in Grimmen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Europa. Heute wird diese Partei erneut in Rostock marschieren und ich grüße die Genossinnen und Genossen, die heute in Rostock geblieben sind um die Gegenbewegung zu organisieren aus der Ferne. Das Motto der Gegendemonstranten heute lautet: „**Weiter geht's** – für ein solidarisches **Rostock**“. Ich sage „**Weiter geht's** – für ein solidarisches **Mecklenburg-Vorpommern!**“